

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Der erste Jahrestag von Fukushima ist eine guter Anlass, Dein öffentliches Statement gegen Atomkraft wieder rauszuputzen. „Woche der Anti-Atom-Sonne“ ab 3. März Foto: Bernte Stachowske

Damit es nicht noch ein Fukushima gibt

Vier gute Gründe, am 11. März gegen Atomkraft auf die Straße zu gehen

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn sich am 11. März aus dem ganzen Bundesgebiet Tausende nach Gundremmingen, Neckarwestheim, Gronau, Hannover, Brokdorf und in die Asse-Region aufmachen, um dort gegen Atomkraft zu demonstrieren, dann aus mindestens vier Gründen. Zuerst: An diesem Tag dauert die Katastrophe von Fukushima ein Jahr an. Wir wollen ein Zeichen der Solidarität und Verbundenheit nach Japan aussenden – vor allem zu denen, die sich dort für ein Ende der Atomkraft-Nutzung einsetzen.

Auch in den AKW hiezulande, die noch zehn Jahre weiterlaufen sollen, kann es jeden Tag zu einer ähnlichen Katastrophe kommen. Zeigen wir daher zweitens, dass wir nicht bereit sind, das Restrisiko der neun verbliebenen Reaktoren weiter zu tragen, die jeden Tag älter und störanfälliger werden. Sicherheits-Nachrüstungen

gab es hier seit dem vergangenen März übrigens keine ...

Der dritte Anlass, der uns umtreibt, sind die Querschüsse aus Bundesregierung, Stromkonzernen und Teilen der Industrie gegen die Energiewende. Diese versuchen gerade, den Umbau zu einer ökologischen und dezentralen Energieversorgung gegen die Wand zu fahren. Umso besser können sie dann gegen die Stilllegung weiterer AKW argumentieren. Ein Skandal!

Akut bleibt schließlich das Atommüll-Thema, weil Bund und Länder über ein Endlagersuchgesetz verhandeln und dabei auch die Zukunft Gorlebens auf der Tagesordnung steht. Gleichzeitig versagt die Bundesregierung beim absaufenden Atommüll-Lager Asse. Auch deshalb werden wir am 11. März demonstrieren. Zahlreiche örtliche Initiativen organisieren zusammen mit bundesweiten Organisationen

wie .ausgestrahlt die Proteste. Unsere Prognose für den 11. März: manche/r wird überrascht sein, wie viele Menschen sich weiter aktiv gegen die atomare Bedrohung einsetzen. *Das .ausgestrahlt-Team*

Lauter Schauermärchen

Welche Lügen die Atomlobby aufischt, um die Energiewende schlechtzureden

Seite 5

Das Gorleben-Komplott

Wer den maroden Salzstock mittels „vorläufiger Sicherheitsanalyse“ zum Endlager machen will

Seite 11

Weltweit aktiv

Eine Strahlenfirma im Wohngebiet, ein Ausflug zur Blockade und ein ungewöhnlicher Silvestervorsatz

Seiten 12 & 15

11.2.: Fukushima-Mahnwachen, überall

Seite 3

11.3.: Sechs große Demos! Brokdorf, Asse, Hannover, Gronau, Neckarwestheim, Gundremmingen

Seite 3

Rundbrief kostenlos abonnieren: Seite 14

GORLEBEN SOLL LEBEN

Unterschriften-Aktion

Mehr als 14.000 Menschen haben die **.ausgestrahlt-Erklärung „Kein Atom-mülllager im maroden Salzstock“** bereits unterzeichnet. Hilf mit, dass es noch mehr werden! Unterschriftenlisten gibt's kostenlos (Seite 14), auch online kannst Du unterschreiben:

www.ausgestrahlt.de/gorleben

Gorleben-Freundeskreise

Ein bundesweites Netzwerk von **Gorleben-Freundeskreisen** will den Widerstand im Wendland gegen das geplante Endlager unterstützen. Mehr als ein Dutzend Gruppen sind bereits dabei. Deine auch?

www.ausgestrahlt.de/freundeskreise



Gorleben-Blockaden

Die Endlager-Baustelle in Gorleben an möglichst vielen Tagen blockieren will die Kampagne **„Gorleben 365“**, getragen von „X-tausend-mal quer“ und der Bildungsstätte „Kurve Wustrow“. Die Idee: Möglichst viele Gruppen und Initiativen „übernehmen“ je einen Tag – siehe etwa Seite 15. Infos auf www.gorleben365.de



Aktion am 9.2. vor dem Umweltministerium in Berlin

Bund und Länder verhandeln am 9.2. erneut über die Zukunft des Endlagerprojekts Gorleben. .ausgestrahlt ruft gemeinsam mit Bündnispartnern zu Protesten vor dem Umweltministerium auf. Näheres auf www.ausgestrahlt.de

Gegen Uranabbau, Castor und Atombürgschaften

Urankonferenz Münster

Der weltweite Uranabbau, die Uranverarbeitung, die Urananreicherung sowie die Brennelemente-Fertigung stehen im Mittelpunkt der Internationalen Urankonferenz am 4.2. in Münster. .ausgestrahlt unterstützt die Veranstaltung.

www.urankonferenz2012.de

Autobahnaktionstag in NRW

152 Castor-Behälter mit Atom-müll aus einem Versuchsreaktor in Jülich sollen quer durch Nordrhein-Westfalen ins Zwischenlager Ahaus verschoben werden. Um Bundes- und Landesregierung zur Absage der Transporte zu drängen, rufen Anti-Atom-Initiativen aus NRW am Samstag, **25.2. zu Aktionen entlang aller Auto-bahnen** in NRW auf. Auf www.ausgestrahlt.de gibt es eine Karte, auf der alle Aktionen eingetragen werden können.

www.kein-castor-nach-ahaus.de

www.stop-westcastor.de

Mahnwache gegen Atombürgschaften

Die Entscheidung der Bundesregierung über eine Exportbürgschaft für das AKW Angra 3 in Brasilien ist noch nicht gefallen, da liegen bereits weitere Anfragen nach Exporthilfen für Atomprojekte in Großbritannien, Finnland, China und Indien vor. Urgewald regt an, in den Wochen vor dem Fukushima-Jahrestag Mahnwachen gegen die Atomexporte zu organisieren. Höhepunkt wird eine große Mahnwache am 9. März in Berlin sein, zu der .ausgestrahlt mit aufruft.

www.urgewald.de

.ausgestrahlt lädt ein

Regionalkonferenzen in Kiel, Stuttgart und Ingolstadt

Du wolltest uns schon immer mal kennenlernen und mit uns gemeinsam die nächsten Aktionen und Strategien besprechen? Dann komm zu einer der drei Regionalkonferenzen von .ausgestrahlt im Februar nach Kiel, Stuttgart oder Ingolstadt. Genaue Termine und Orte demnächst unter www.ausgestrahlt.de

Woche der Anti-Atom-Sonne

Hängt Deine Anti-Atom-Fahne noch? Klebt der Aufkleber am Briefkasten noch? Falls nicht: Der Jahrestag des Super-GAU von Fukushima ist ein guter Anlass, Dein öffentliches Statement gegen Atomkraft wieder rauszuputzen. .ausgestrahlt ruft ab 3. März die „Woche der Anti-Atom-Sonne“ aus. Sind ja schließlich immer noch neun AKW am Netz ...



Fukushima mahnt: alle AKW abschalten!

Sonntag, 11. März: Sechs große Demos gegen den Weiterbetrieb der Atomanlagen

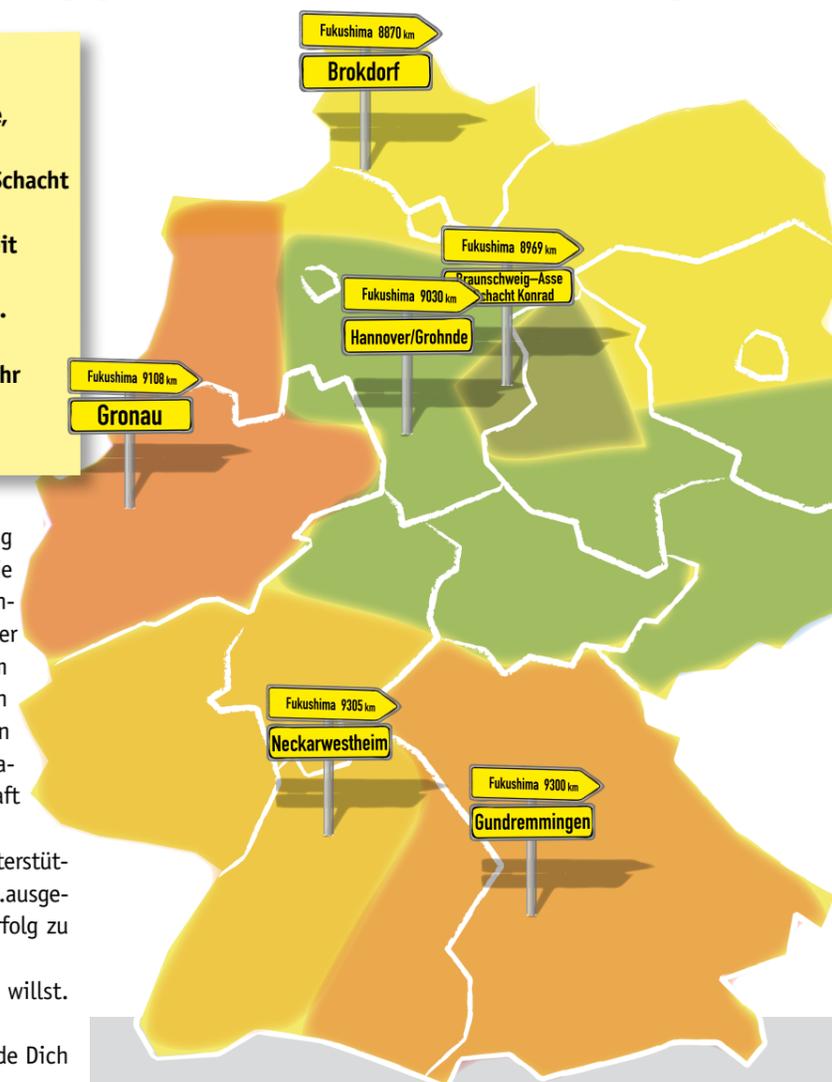
BROKDORF: Umzingelung des AKW, 12 Uhr
GRONAU: Demo zur Urananreicherungsanlage, Start Bahnhof Gronau, 13 Uhr
ASSE: Lichterkette Braunschweig-Asse-Schacht Konrad, Punkt 19 Uhr
GRÖHNDE/HANN.: Demo in Hannover, Start und Uhrzeit bei Redaktionsschluss noch offen
NECKARWESTHEIM: Demo zum AKW, Start Kirchheim/N. Bahnhof, 13 Uhr
GUNDREMMINGEN: Demo, Start Gundremmingen, 13 Uhr

Aktuelle Infos, Programm und Anreisemöglichkeiten:
www.anti-atom-demo.de und www.ausgestrahlt.de

Neun AKW sollen noch viele Jahre weiterlaufen – jeden Tag kann es auch dort zu einem schweren Unfall kommen. Die Urananreicherungsanlage Gronau versorgt bald jedes zehnte AKW weltweit mit Brennstoff – der Uranmüll bleibt hier liegen. Und die Atom-müllkippe Asse droht mitsamt dem Strahlendreck im Berg abzusaufen. Dagegen protestieren wir am Sonntag, dem 11.3., mit sechs großen Demos von Brokdorf bis Gundremmingen. Wir wollen, auch in Solidarität mit Japan, ein deutliches Zeichen gegen Atomkraft setzen.

Die Proteste werden von regionalen Bündnissen mit Unterstützung eines bundesweiten Trägerkreises organisiert, in dem .ausgestrahlt aktiv mitarbeitet. Hilf mit, sie zu einem großen Erfolg zu machen:

- ▶ **Entscheide Dich jetzt**, zu welcher Demo Du fahren willst. Die Karte ↗ ist nur ein Vorschlag.
- ▶ **Sprich FreundInnen und Bekannte an** und verabrede Dich mit ihnen für die Demo.
- ▶ **Hänge Demo-Plakate und „Wegweiser-Plakate“** auf (s. grauer Kasten), verteile Flyer – all das kannst du kostenlos bestellen auf Seite 13 oder www.ausgestrahlt.de/shop. Dort gibt's auch Anti-Atom-Aufkleber für jeden Atom-Standort.
- ▶ **Organisiere selbst einen Bus** aus Deiner Stadt zur Demo – das ist einfacher als gedacht. Der Busleitfaden von .ausgestrahlt hilft Dir dabei.
- ▶ **Organisiere eine Fukushima-Mahnwache am 11. Februar** (s. grauer Kasten) und wirb dort für die Fahrt zur Demo.
- ▶ **Informiere die Lokalredaktionen** in Deiner Stadt, wohin Du/Ihr am 11.3. fahrt und wenn Du/Ihr einen Bus dorthin organisiert. Ein Zeitungs- oder Radiobericht ist eine gute Möglichkeit, weitere MitfahrerInnen zu finden und das Atomrisiko wieder in die Medien zu bringen.
- ▶ **Unterstütze .ausgestrahlt mit einer Spende**, damit wir die Organisation der Demos unterstützen können. Ein Spendenformular liegt diesem Rundbrief bei, oder online: www.ausgestrahlt.de/spenden



Bundesweit Mahnwachen am 11. Februar

Bereits einen Monat vor den Großdemos, also am Samstag, 11. Februar, findet in Japan eine große Anti-Atom-Demo statt. .ausgestrahlt ruft auf, an diesem Tag überall Mahnwachen zu organisieren – wie in den Wochen nach dem Super-GAU. Ist Dein Ort schon dabei? www.ausgestrahlt.de/mahnwachen

Und in den Nachbarländern?

In Frankreich ...

... bereiten AtomkraftgegnerInnen für den 11.3. eine etwa 235 Kilometer lange Menschenkette gegen Atomkraft durchs Rhônetal von Lyon nach Avignon vor. Auch aus einigen südwestdeutschen Regionen wird es Busse dorthin geben. www.chainehumaine.org

In der Schweiz ...

... ist am 11.3. ein Marsch mit anschließender Kundgebung am AKW Mühleberg geplant: www.menschenstrom.ch

In Belgien ...

... findet am 11. März eine zentrale Demo in Brüssel statt.

Vor oder nach dem nächsten Super-GAU?

Die Anti-Atom-Bewegung zwischen Fukushima 2011 und Bundestagswahl 2013 – oder: Warum der Parteienkonsens zum Weiterbetrieb von neun AKW nicht das letzte Wort war



Wegweiser-Plakate: Fukushima ist weit weg, die Atomanlagen hier sind nah. Solche Plakate gibt es zu allen sechs Demo-Standorten (Seite 13). Du brauchst bloß noch die Entfernung zu Deinem Wohnort einzutragen. Entfernungrechner und Ziffernvorlagen findest Du auf ausgestraht.de.

Derzeit können wir in der Atompolitik ein interessantes Phänomen erleben: Obwohl sich im letzten Sommer bei einer Umfrage 56 Prozent der Bevölkerung dafür ausgesprochen haben, das letzte AKW in Deutschland entweder sofort oder spätestens bis 2016 vom Netz zu nehmen, verkünden die Mainstream-Medien landauf und landab, dass es einen breiten gesellschaftlichen Konsens in Sachen Atomausstieg gäbe und die AtomkraftgegnerInnen sich durchgesetzt hätten.

In Wirklichkeit gab es nur einen breiten parteipolitischen Konsens im Bundestag, weil dort alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken dem Weiterbetrieb von neun Reaktoren zugestimmt haben, wovon die allermeisten noch bis 2021/22 laufen sollen.

Natürlich bleibt es ein großer Erfolg, dass acht AKW auf einen Schlag abgeschaltet wurden, aber das ist eben nur der halbe Ausstieg. Der Konflikt um die anderen neun Kraftwerke geht weiter. Sicherheitsmängel gibt es bei den noch laufenden Reaktoren ohne Ende (siehe Seite 7). Von der neuen Risikobewertung, über die die Kanzlerin nach Fukushima so gerne sprach, ist bei

den Meilern selbst bisher nichts zu sehen: von Nachrüstungen keine Spur.

Nächste Debatte um Laufzeitverlängerungen beginnt schon

Gleichzeitig läuft eine Kampagne derjenigen Kräfte in der Energiewirtschaft, die an den alten Strukturen noch immer gutes Geld verdienen. Sie erzählen viele Schauer-märchen, um zu belegen, dass die Stilllegung von acht AKW und der Ausbau der erneuerbaren Energien mehr Nachteile als Vorteile bringe (siehe S. 5) und wollen damit schon heute das Klima für die nächste Laufzeitverlängerungsdebatte anheizen.

So oder so: die Entscheidung des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 2011 über die AKW-Laufzeiten wird nicht die letzte gewesen sein. Und es gibt viele gute Gründe, sich dafür einzusetzen, dass die verbliebenen neun Meiler nicht mehr weiterlaufen. Spätestens am Fukushima-Jahrestag wird dies auch wieder einer breiteren Öffentlichkeit bewusst werden – zum einen, weil die Medien über die Situation in Japan berichten werden, und zum anderen, weil es an sechs Standorten in Deutschland

Demonstrationen gegen den Weiterbetrieb der Atomanlagen dort geben wird. Nötig ist ein Bündnis aller gesellschaftlichen Kräfte, die vor 2023 aus der Atomkraft raus und/oder eine erneute Laufzeitverlängerungsdebatte in einigen Jahren verhindern möchten. Angesichts der immensen Gefahren ist jeder weitere Tag, an dem die AKW laufen, einer zu viel. Deshalb fordern viele aus gutem Grund die sofortige Stilllegung der Atomanlagen. Doch auch wer beispielsweise einen Ausstieg bis 2016 anstrebt, kann und sollte gegen das jetzige Atomgesetz mitdemonstrieren.

Kampagne gegen jede einzelne Atomanlage

Den Druck aufrechtzuerhalten ist alleine deshalb schon wichtig, damit nicht diejenigen wieder Oberwasser bekommen, die darüber nachdenken, wie sich die nächste geplante AKW-Abschaltung im bayerischen Grafenrheinfeld Ende 2015 verhindern lässt. Tatsächlich geht es allerdings um mehr: Denn niemand weiß, ob es in Grafenrheinfeld oder anderen Meilern nicht schon übermorgen oder 2014 zu einem schweren Störfall kommt.

Deshalb sind die Proteste am 11. März auch nur Auftakt zu einer Kampagne gegen jede einzelne Atomanlage. Jede Schwachstelle, jedes Risiko muss Thema der öffentlichen Debatte werden, damit möglichst viele Menschen nachvollziehen können, warum der Weiterbetrieb von neun Reaktoren die falsche Konsequenz aus Fukushima ist. Gut, dass 2010 und 2011 überall neue Initiativen und -Bündnisse entstanden sind, die vor Ort die wichtige Arbeit machen können.

2013 ist die nächste Bundestagswahl. Es wird entscheidend von der Kontinuität der Anti-Atom-Proteste abhängen, ob und wie ernsthaft SPD, Grüne, Linke oder Piraten bei einer möglichen Regierungsbeteiligung daran arbeiten werden, Atomkraftwerke schneller stillzulegen und Atomfabriken wie in Gronau dichtzumachen – und zwar vor dem nächsten Super-GAU. *Jochen Stay*

Viel heiße Luft

Mit Schauer-märchen versuchte die Atomlobby nach Fukushima das Aus für acht AKW zu verhindern. Ein Jahr später wärmt sie die Thesen wieder auf. Ein Faktencheck

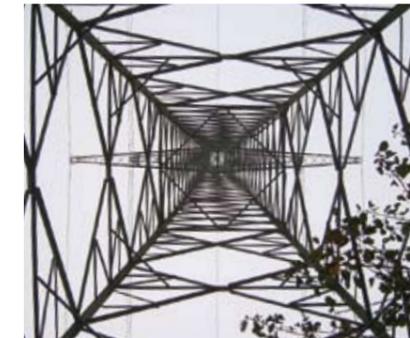
SCHAUERMÄRCHEN 1: „Deutschland wird zum Stromimporteur“

Auch im Jahr 2011 hat Deutschland mehr Strom exportiert als importiert – trotz der Abschaltung von acht AKW. Der deutsche Exportüberschuss wird im Jahr 2011 voraussichtlich rund sechs Milliarden Kilowattstunden betragen. Strom floss vor allem nach Österreich, in die Schweiz und in die Niederlande. Zwar trugen dazu in den ersten 3 Monaten des Jahres auch noch einige der inzwischen abgeschalteten Reaktoren bei. Das ändert aber an der grundsätzlichen Sachlage nichts. Denn auch im zweiten Halbjahr 2011, also ohne die acht AKW, exportierte Deutschland noch mehr Strom als es importierte.

SCHAUERMÄRCHEN 2: „Strom wird knapp, am Strommarkt steigen die Preise“

Wenn Händler an den Terminmärkten der Strombörse EEX aktuell Strom für die Jahre 2013 und 2014 einkaufen, bezahlen sie für die Kilowattstunde zwischen 5,1 und 5,3 Cent – und damit sogar etwas weniger als vor Fukushima. Da die Strombörse wie jede andere Börse auch unter anderem von Stimmungen getrieben wird, waren die Preise zwar direkt nach dem Abschalten der acht AKW tatsächlich leicht angestiegen. Schon bald aber bröckelten die Notierungen wieder: Bei den Händlern setzte sich die Erkenntnis durch, dass auch ohne die Meiler kein Strommangel absehbar ist.

Entsprechend blieb auch für Haushaltskunden der große Preisschub zum neuen Jahr aus: Nur ein Bruchteil der 1.100 Stromanbieter in Deutschland erhöhte zum 1. Januar 2012 die Preise, im Schnitt um 3,7 Prozent. Das Gros der Anbieter verzichtete selbst auf einen Inflationsausgleich. Einige senkten die Preise sogar um im Schnitt 2,9 Prozent.



SCHAUERMÄRCHEN 3: „Die Netzstabilität ist gefährdet“

Haushalte in Deutschland waren im Jahr 2010 im Durchschnitt knapp 15 Minuten ohne Strom. Das ist ein Wert, der im internationalen Vergleich sehr gering ist. In den vergangenen fünf Jahren schwankte der Wert zwischen 14,6 und 21,5 Minuten und obwohl die Daten für 2011 noch nicht vorliegen, gibt es kein Indiz dafür, dass er angestiegen sein könnte.

SCHAUERMÄRCHEN 4: „Die EEG-Umlage schnell in die Höhe“

Die Umlage für die Förderung des Ökostroms nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz steigt im Jahr 2012 gegenüber 2011 kaum spürbar nur in der zweiten Nachkommastelle von 3,53 auf 3,592 Cent pro Kilowattstunde. Der Betrag basiert auf Schätzungen der Stromwirtschaft hinsichtlich der Ökostromerzeugung im Jahr 2012. Sollte die EEG-Umlage in den kommenden Jahren steigen, wird dies auch daran liegen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung für deutlich mehr Unternehmen als bisher Ausnahmen beschlossen hat – sie müssen nur eine deutlich reduzierte EEG-Umlage bezahlen.

Über den Autor:
Bernward Janzing ist freier Journalist mit Schwerpunkt Technik-Wirtschaft-Umwelt. Zuletzt erschien von ihm „Solare Zeiten. Die Karriere der Sonnenenergie. Eine Geschichte von Menschen mit Visionen und Fortschritten der Technik“ (Picea Verlag Freiburg, 24 Euro)

SCHAUERMÄRCHEN 5: „Die erneuerbaren Energien lassen sich nicht schnell genug ausbauen“

Die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien ist im Jahr 2011 gegenüber dem Vorjahr um 18 Milliarden Kilowattstunden gestiegen, vor allem durch den Zubau von Windkraft, Photovoltaik und Bioenergie. In Prozenten ist das ein Anstieg von 16,5 auf gut 20 Prozent am Strommix. Alleine der Zuwachs binnen eines Jahres entspricht der Jahresproduktion von zwei Atomkraftwerken. Und nichts spricht dagegen, den Zubau in mindestens gleichem Tempo weiterzuführen.

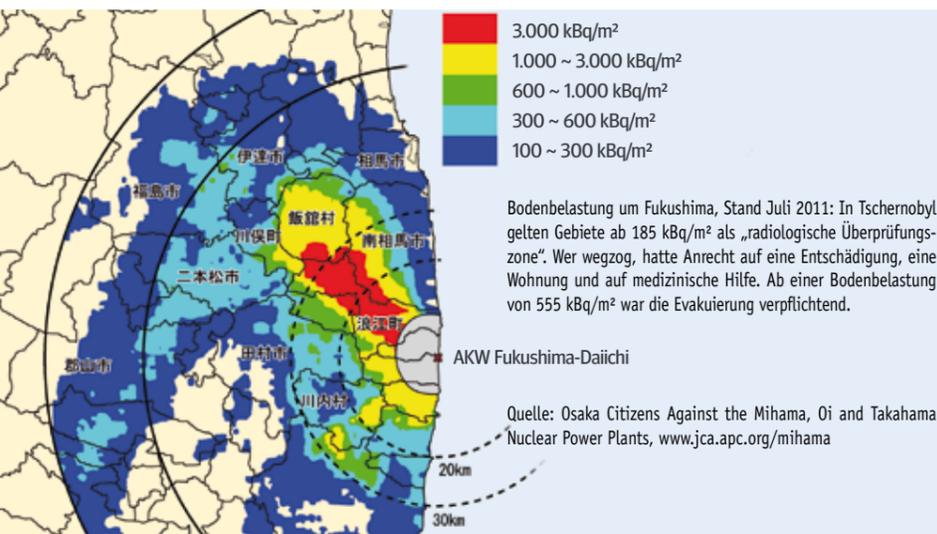
SCHAUERMÄRCHEN 6: „Der Ausstieg ist mit dem Klimaschutz nicht vereinbar“

Die Erzeugung von Strom aus Kohle stieg im Jahr 2011 im Vergleich zum Vorjahr nach ersten Schätzungen der Stromwirtschaft kaum messbar von 263 auf 265 Milliarden Kilowattstunden. Der Rückgang der Atomstromerzeugung um etwa 32 Milliarden Kilowattstunden (von 140 Milliarden Kilowattstunden im Jahr 2010 auf nunmehr etwa 108 Milliarden) wurde fast komplett durch den Ausbau der erneuerbaren Energien und einen Rückgang des Exportüberschusses um etwa 12 Milliarden Kilowattstunden kompensiert.

Zugleich werden Befürchtungen, der Atomausstieg führe zu starker Zunahme der CO₂-Emissionen, längst auch durch die Märkte widerlegt: Zwar stiegen die Preise für CO₂-Zertifikate im europäischen Emissionshandel unmittelbar nach Fukushima leicht an. Zwischenzeitlich kostet eine Tonne Kohlendioxid mit knapp 7 Euro jedoch nur noch halb so viel wie Anfang 2011. Mit ansteigenden CO₂-Emissionen rechnet in Europa derzeit offenbar niemand.

Das erste Jahr der Katastrophe

Der Super-GAU im japanischen Fukushima ist aus den Schlagzeilen verschwunden. Vorbei ist die Katastrophe noch lange nicht. Im Gegenteil: Das Ende ist nicht absehbar



DIE KATASTROPHE

Am 11. März 2011 erschüttert ein starkes Erdbeben die Ostküste Japans. Im AKW Fukushima-Daiichi laufen zu diesem Zeitpunkt drei der sechs Reaktoren. Alle drei geraten außer Kontrolle. Kühlsysteme und Stromversorgung fallen aus, die Brennstäbe im Kern der Reaktoren beginnen zu schmelzen. Mehrere Explosionen zerfetzen die Reaktorgebäude. Bis heute ist unklar, ob es sich um Wasserstoff- oder um nukleare Explosionen handelt. Das Containment, also die Betonumhüllung des Reaktorkerns, bekommt Risse. Auch in Reaktor Nummer vier kommt es zu einer Explosion. Die Becken mit hochradioaktiven, abgebrannten Brennelementen liegen unter freiem Himmel. Das Wasser darin verkocht, weil die Kühlung nicht mehr funktioniert, zum Teil lecken sie. Mit Feuerwehrschräuchen und Pumpen versuchen Rettungsmannschaften unter Inkaufnahme hoher Strahlendosen, Brennelemente und das Innere der Reaktoren zu kühlen.

DER STRAHLENDRECK

Schätzungen der japanischen Atomaufsicht zufolge setzt der Super-GAU in Fukushima eine Strahlungsmenge zwischen 500 und 1.000 Billionen Becquerel (Jod-131-Äquivalent) frei. Das wäre ein Zehntel bis ein Fünftel der Menge, die 1986 bei der Explosion des ukrainischen

AKW Tschernobyl in die Umwelt gelangte. Auf der INES-Skala zählt Fukushima als „katastrophaler Unfall“ der höchsten Stufe 7, der gesundheitliche Spätschäden im weiten Umfeld und in mehreren Ländern erwarten lässt.

Im Verlauf der Katastrophe und der Rettungsarbeiten fließen Tausende Tonnen zum Teil hochradioaktives Wasser in den Pazifik. Mehrfach lässt AKW-Betreiber TEPCO zudem radioaktiven Dampf aus den Reaktoren ab, um deren Bersten zu verhindern. Einen Teil der radioaktiven Wolke bläst der Wind aufs Meer, der Rest zieht in einem Bogen über Japan hinweg. Selbst im 240 Kilometer entfernten Tokio findet sich radioaktives Jod im Trinkwasser. Monate später sind noch immer Nahrungsmittel kontaminiert, Kontrollen finden nur Stichprobenweise statt. Wissenschaftler warnen, dass gerade die Aufnahme radioaktiver Stoffe in den Körper eine große Gesundheitsgefahr darstellt.

DIE FLÜCHTLINGE

Am Morgen des 12. März ruft die Regierung die Bewohner im 20-Kilometer-Umkreis um das AKW auf, zu fliehen. Viele fahren genau dorthin, wohin die radioaktive Wolke weht. In Flüchtlingslagern spielen Kinder im radioaktiven Fallout. Wochen später legt die Regierung auch den Menschen im 20-30-Kilometer-Gürtel um das

AKW eine Flucht nahe. Diese Empfehlung hebt sie sechs Monate später wieder auf; die 20-Kilometer-Zone bleibt auf unbestimmte Zeit gesperrt. Von 100.000 wegen des Atomunfalls Evakuierten spricht die FAZ.

Messungen zeigen, dass die tatsächlich kontaminierte Zone weit größer ist als der 30-Kilometer-Ring um das AKW – siehe Karte. Zigtausende haben, um Gesundheitsschäden zu entgehen, auf eigenen Entschluss und ohne Aussicht auf Entschädigung Haus und Heimat verlassen. Die Zahl der Strahlenflüchtlinge dürfte also weit höher liegen als amtlich angegeben.

DIE ZAHLMEISTER

Theoretisch haftet auch in Japan der Betreiber eines AKW für alle Schäden. Praktisch steht selbst ein Riesenkonzern wie TEPCO nach dem Super-GAU vor der Pleite. Die Folge: Die Milliarden-Kosten für die Sicherung der Katastrophemeiler, die Dekontamination der verseuchten Gebiete, die Entschädigung für Zwangsumzüge, für Verlust von Haus, Betrieb, Arbeitsstelle und vielem mehr bleiben ebenso wie die Gesundheitskosten an der Allgemeinheit hängen.

DIE SHUTDOWN-LÜGE

Kurz vor Jahreswechsel verkündet die Regierung den sogenannten „cold shutdown“ aller drei Havariemeiler: Die Temperatur im Innern liege nun unter 100 Grad. Tatsächlich bezeichnet „cold shutdown“ allerdings einen kontrolliert heruntergefahrenen, intakten Reaktor. Mit dem Zustand der Meiler in Fukushima hat das in etwa so viel zu tun wie die Meldung „eingeparkt“ für einen Benzinlaster, der gegen einen Baum geprallt ist und jederzeit in die Luft fliegen kann.

Tatsächlich hat sich die heiße Uranmasse durch die dicke Stahlwand des Druckbehälters hindurch in den Betonboden des Containments geschmolzen. In welchem Zustand sie sich befindet, weiß niemand. Noch immer tritt Radioaktivität aus. Und die Gefahr einer neu startenden Kettenreaktion ist noch lange nicht gebannt.

„Schnarchtest“ ohne Konsequenzen

Auch die neun verbliebenen AKW sind alles andere als sicher. Das konnte sogar der „Stresstest“ nicht verbergen. Sicherheitsnachrüstungen aber gab es bis heute keine



Unwetter? Sturmflut? Das könnte in Brokdorf schon gefährlich werden! Foto: Patricia Becher-Ketterer

Nach dem Super-GAU im Hochtechnologieland Japan gab sich die Bundeskanzlerin geläutert. Man müsse das sogenannte Restrisiko der Atomkraft neu bewerten, verkündete die Physikerin. Kurz darauf folgte der Bundestag mit großer Mehrheit ihrem Vorschlag und gab grünes Licht für den jahrelangen Weiterbetrieb von neun Reaktoren.

Unter den Tisch fiel dabei, dass auch diese Meiler alles andere als sicher sind. Seit Jahrzehnten entsprechen sie nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik, den das Atomgesetz eigentlich fordert. In jedem von ihnen kann es jeden Tag zum Super-GAU kommen.

Die Reaktorsicherheitskommission (RSK), die die AKW mit Blick auf die Ereignisse in Fukushima einem sogenannten „Stresstest“ unterzog (den Kritiker als „Schnarchtest“ verspotteten, weil er so lax war), zeigte bei allen gefährliche Schwachstellen auf. So könnte bei den meisten Reaktoren schon ein Hochwasser bzw. eine Überschwemmung des Kraftwerksgeländes einen schweren Unfall auslösen. Bei der Notstromversorgung, die bei einem Stromausfall im AKW die Kühlung des Reaktorkerns und des Lagerbeckens für Brennelemente sicherstellen soll, sah die RSK gar Handlungsbedarf bei allen Reaktoren. Die Erdbebensicherheit der Meiler müsse noch untersucht werden, merkte sie an. Und dass nach wie vor kein einziges AKW gegen

den Absturz eines großen Flugzeugs geschützt ist, rief sie ebenfalls in Erinnerung.

Die Reaktorexperten im Umweltministerium stellten nach dem japanischen Super-GAU binnen Tagen eine sechsstufige Liste von ihrer Meinung nach „unverzüglich“ umzusetzenden Maßnahmen für die AKW zusammen. Passiert ist nichts. Die Gesellschaft für Reaktorsicherheit berät bis heute über sicherheitstechnische Konsequenzen aus der Atomkatastrophe. Zu Nachrüstungen jedoch kam es seit Fukushima noch in keinem einzigen Reaktor. Das ist ein Skandal.

Das neue Kerntechnische Regelwerk (KTR), das noch dieses Jahr in Kraft treten soll, droht ebenfalls ein Papiertiger zu bleiben. Denn eine Pflicht für die AKW-Betreiber, ihre Reaktoren auf den im KTR beschriebenen Stand von Wissenschaft und Technik nachzurüsten, soll es erst einmal nicht geben. Selbst eine Überprüfung der Meiler anhand des KTR, die offenlegen

würde, in welchen Punkten diese überall Sicherheitsdefizite aufweisen, wird voraussichtlich kein Muss. Und ob die Nachrüstliste, über die eine Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern derzeit noch verhandelt, substantielle Sicherheitsverbesserungen binnen kurzer Fristen einfordern wird, ist offen.

Anordnen müssten Nachrüstungen und Überprüfungen die Atomaufsichten der Länder, gegebenenfalls auf Weisung aus Berlin. Ohne Druck von außen, sprich von Seiten der Anti-Atom-Bewegung, dürfte deren Interesse, sich mit den AKW-Betreibern anzulegen, jedoch gering sein, zumal die mit Schadensersatzklagen drohen könnten.

Das im Sommer 2011 verabschiedete Atomgesetz schreibt für jeden Reaktor ein Datum vor, an dem er spätestens vom Netz muss, unabhängig davon, wie viel Strom er zuvor produziert hat. Nachrüstungen kommen die Stromkonzerne damit doppelt teuer. Erstens kosten die Baumaßnahmen unter Umständen hohe Millionenbeträge. Und zweitens verringert jeder Stillstand des Reaktors dessen Atomstromproduktion und damit die Gewinne. Harte Sicherheitsauflagen können die Wirtschaftlichkeit des Reaktors also insgesamt kippen – es wäre dann billiger, ihn sofort stillzulegen.

Besonders schnell könnte dieser Fall eintreten, wenn eine so umfangreiche Nachrüstung des Meilers erforderlich ist, dass sie eine „wesentliche Änderung“ der Anlage darstellt. In diesem Fall müsste dann das gesamte AKW auf den im Kerntechnischen Regelwerk beschriebenen Sicherheitsstandard gebracht werden. Das dürfte sein sicheres Aus bedeuten. Und das wiederum wäre die beste Risikovorsorge.

Anzeige

Sitz!
Der Photohocker

über 150 Motive,
ab 19,95 €

GRATIS Katalog anfordern:
Tel. 05824/955-0 · werkhaus.de

Innovative Produkte | Ökologischer Anspruch | Soziale Verantwortung

Wir arbeiten mit:
GREENTRACER ENERGY
100% Made in Germany
WERKHAUS

Poker um Atommüll-Lagerung

Der Castor-Protest brach alle Rekorde – aber Norbert Röttgen versucht Gorleben weiter durchzusetzen. Dazu braucht er die rot-grün-regierten Bundesländer. Machen die mit?

Es muss ja nicht gleich so enden, wie es Thorsten Denkler in der Süddeutschen Zeitung gefordert hat. Er sprach sich dafür aus, jedem Demonstranten (und wohl auch jeder Demonstrantin) gegen den Castor-Transport nach Gorleben „mindestens“ das Bundesverdienstkreuz zu verleihen, weil sie „sich in einem ganz klassischen Sinne um das Wohl des Landes verdient gemacht“ haben.

Aber vielleicht wird man in späteren Jahren den November 2011 als entscheidenden Umbruch im Dauerkonflikt um Gorleben ansehen. Länger als je zuvor war der Castor-Transport diesmal unterwegs. Über 100 Blockadeaktionen vom Start in Frankreich bis nach Gorleben hielten die Atommüll-Fuhre immer wieder auf. Die Großdemonstration in Dannenberg war mit 23.000 Menschen die zweitgrößte in 35 Jahren Gorleben-Konflikt. Nur im Ausnahmejahr 2010 – direkt nach dem Beschluss der Laufzeitverlängerung – waren noch mehr Menschen ins Wendland gekommen.

Dabei hatte sich Bundesumweltminister Norbert Röttgen alle Mühe gegeben, den Druck aus dem Dauerstreit um Gorleben rauszunehmen. Nach der Stilllegung von acht Atomkraftwerken im Sommer und vor allem nach seiner Ankündigung, auch in anderen Regionen der Republik nach einem Endlager zu suchen, hatte er gehofft, dass kaum noch einer demonstrieren würde, wenn der Castor rollt. Was für ein Trugschluss!

Reger Aktivismus der Gorleben-Befürworter

Die Botschaft des Protest war eindeutig: Der geologisch ungeeignete Salzstock Gorleben (siehe Seite 10) muss als Standort für ein Atommüll-Endlager endlich aufgegeben werden. Bleibt er bei einer zukünftigen Standortsuche im Topf, ist das Risiko viel zu groß, dass angesichts der dort verbauten Milliardensummen am Ende doch alles an Gorleben kleben bleibt.

Wie real diese Gefahr ist, zeigt der rege

Aktivismus der Gorleben-Befürworter in den Behörden. Für knapp 9 Millionen Euro lassen sie die ganze Riege von atomfreundlichen Instituten an einer sogenannten „Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“ (VSG) schreiben (siehe Seite 11). Dass diese Wissenschaftler, die schon das einsturzgefährdete „Endlager“ für schwachaktiven Müll im Salzstock Morsleben und die absaufende Asse für absolut sicher erklärt haben, nun auch einen Eignungsnachweis für Gorleben liefern wer-



Dannenberg, 26.11.2011: Auf dem Weg zur Castor-Auftaktdemo Foto: Ruben Neugebauer

den, gilt als ausgemacht. Und hat Gorleben erst einmal diesen ach so neutralen wissenschaftlichen „Geeignet“-Stempel, dann wird es natürlich sofort Druck geben, die teure und umstrittene Suche nach Alternativen abzubrechen, bevor sie überhaupt richtig begonnen hat.

Die Mär vom Baustopp

Derzeit verhandeln Bund und Länder über ein Endlagersuchgesetz, das noch in diesem Jahr verabschiedet werden soll. Röttgen und der niedersächsische CDU-Ministerpräsident David McAllister zünden Nebelkerzen, um zu verschleiern, dass die VSG munter fortgesetzt wird. Aus Hannover kam der „Kompromiss“-Vorschlag,

Gorleben nur noch bis 2013 zu erkunden und danach abzuwarten, was die Erforschung möglicher Alternativen ergibt. Bis dahin wäre die „Sicherheitsanalyse“ allerdings abgeschlossen und ein Endlager im maroden wendländischen Salzstock plötzlich viel wahrscheinlicher.

Röttgen kündigte im November eine „weiße Landkarte“ bei der Standortsuche an. Schon das vermeldeten viele JournalistInnen fälschlicherweise als Abkehr von Gorleben. Im Dezember legte der Minister

nach und verkündete nach einem Bundesländer-Treffen sogar einen sofortigen „Baustopp“ im Wendland. Die Verhandlungsführerin der rot-grünen Bundesländer, die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Grüne), war so überrascht, dass sie dies spontan als großes Entgegenkommen wertete. Erst hinterher stellte sich heraus, dass Röttgen sehr eigenwillig zwischen Bau und Erkundung unterscheidet und nur zugesagt hat, bis zum Ende der Verhandlungen keine neuen Stollen im Bergwerk aufzuführen – was aber ohnehin nicht geplant war. Das bedeutet also, dass alle vorgesehenen Bauarbeiten in den bereits angelegten Gängen in Gorleben ebenso wie



Das Atommüllproblem und wie die Politik es lösen will. „ausgestrahlt“-Aktion am 4.11.2011 in Dessau Foto: Bente Stachowske

die VSG einfach weiterlaufen. Röttgens Mär vom „Baustopp“ wurde trotzdem über alle Kanäle verbreitet.

Rot-grüner Dissens

Die Einigung über ein neues Verfahren zur Endlagersuche zwischen Bund und Ländern steht und fällt mit der Gorleben-Frage. Und es ist nicht gerade vertrauenserweckend, dass der grüne baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann mit am Verhandlungstisch sitzt, der im Vorfeld des Castor-Transports die Sinnhaftigkeit der Proteste anzweifelte.

Nachdem die SPD auf ihrem Parteitag im Dezember die Forderung nach einer vollständigen Abkehr von Gorleben beschlossen hatte, waren manche Grüne etwas peinlich berührt, denn maßgebliche VertreterInnen ihrer Partei forderten in letzter Zeit nur noch einen Bau- und Erkundungsstopp für Gorleben, wollten den Standort aber nicht ausschließen – ein Zugeständnis an Kretschmann, der die von ihm zugesagte Endlagersuche im Südwesten besser legitimieren kann, wenn Gorleben im Topf bleibt.

Spitzengrüne aus Niedersachsen befürchten nun, dass am Ende im Gesetz die Kriterien für ein Endlager doch wieder so formuliert werden, dass alles, was gegen Gorleben spricht, keine Rolle mehr spielt. Dagegen bot die grüne Verhandlungsführerin Eveline Lemke sogar an, in Gorleben ein Untertagelabor für die Endlagerfor-

schung einzurichten – der nächste Etikettenschwindel wäre vorprogrammiert.

Noch laufen die Verhandlungen und die rot-grün regierten Länder haben deutlich gemacht, dass sie einem Endlagersuchgesetz nur zustimmen werden, wenn es auch eine Einigung in Sachen Gorleben gibt.

Unsere Forderungen sind klar:

Gorleben muss vollständig und endgültig raus aus dem Endlagerstandorte-Topf, weil es kein Vertrauen gibt, dass das weitere Verfahren ehrlich gemeint ist. Zu oft schon wurde in den letzten 35 Jahren getrickst und zu deutlich trickst Norbert Röttgen auch jetzt immer wieder. Bleibt Gorleben wider alle Vernunft doch im Topf, braucht es einen sofortigen Bau- und Erkundungsstopp und einen Abbruch der „Vorläufigen Sicherheitsanalyse“. Erst wenn anderen Standorte genauso weit erkundet sind wie Gorleben und dort genauso viel Geld ausgegeben wurde, kann ein objektiver Vergleich stattfinden.

Die von allen Seiten immer wieder postulierte Transparenz und BürgerInnenbeteiligung muss schon im Diskussionsprozess um das Endlagersuchgesetz oberste Maxime sein. Bisher laufen die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen und die Betroffenen bleiben außen vor.

Eine neue Endlagersuche macht erst dann Sinn, wenn nicht weiter Atommüll produziert wird. Deshalb müssen die restlichen neun AKW jetzt stillgelegt werden.

Wie viel all die Versprechen, jetzt alles besser und transparenter zu machen, wert sind, lässt sich derzeit am Beispiel Asse erkunden. Was dort momentan passiert, ist wie ein Blick in die düstere Zukunft von Gorleben, falls das Endlagerprojekt im Wendland durchgesetzt werden sollte.

Menetekel Asse

Vor zwei Jahren hatte die Bundesregierung beschlossen, den Atommüll aus den 126.000 Fässern, die in den 60er und 70er Jahren in das alte marode Salzbergwerk bei Wolfenbüttel gekippt wurden, wieder herauszuholen. Bis heute ist es noch nicht einmal dazu gekommen, zwei Lagerkammern anzubohren, um nachzuschauen, wie es drinnen aussieht. Weder in Berlin noch in Hannover ist irgendjemand aus den Regierungen in der Lage oder überhaupt bereit, ernsthaft Verantwortung für das Problem zu übernehmen. Die Menschen rund um die Asse fühlen sich völlig alleingelassen.

Uns bleibt nur eins, nämlich die Erfahrungen aus dem vergangenen Jahr mit in 2012 zu nehmen: Wenn viele auf die Straße gehen, wie nach Fukushima oder gegen den Castor, dann bewegt sich auch die Politik. Damit Gorleben endlich leben kann, braucht es also noch mal kräftig Druck – auch ohne Bundesverdienstkreuz.

Jochen Stay

„Gorleben müsste sofort rausfliegen“

Ulrich Kleemann, Geologe und Endlagerexperte, über den Riss der Erdkruste in Gorleben und Atomlobbyisten, die den maroden Salzstock dennoch mit Atommüll füllen wollen

Herr Kleemann, eine Schar von Experten erstellt derzeit im Auftrag des Bundesumweltministeriums die sogenannte „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ (VSG). Ein löbliches Unterfangen?

ULRICH KLEEMANN: Das ganze würde nur Sinn machen, wenn man kritische Wissenschaftler einbinden und die Argumente gegen eine Eignung Gorlebens in einer Unsicherheitsanalyse würdigen würde.

Das ist nicht der Fall?

Keineswegs. In der VSG soll vielmehr die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ihre eigenen geologischen Erkenntnisse über den Salzstock in Gorleben selbst überprüfen. Anschließend soll die International Nuclear Safety Engineering GmbH, dahinter steckt Bruno Thomauske, prüfen, ob auf Basis der vorliegenden Daten eine Eignungsaussage für Gorleben möglich ist.

Bruno Thomauske? Der im Bundesamt für Strahlenschutz einst unter Umgehung der Geologen den weiteren Ausbau der Stollen in Gorleben durchgesetzt hat, bevor er dann auf einen Chefposten beim AKW-Betreiber Vattenfall wechselte?

Genau. Bei der VSG sollen diejenigen, die schon immer gesagt haben, dass nichts gegen die Eignung des Salzstocks Gorleben spricht, eine kritische Überprüfung

der Erkundungsergebnisse vornehmen. Das Ergebnis steht damit natürlich bereits fest.

Auf Grundlage welcher Daten wird die VSG denn erstellt?

Ausgangspunkt sind die vier Berichte über Gorleben, die die BGR in den Jahren 2007–2011 erstellt hat.

Was stört Sie daran?

Ich habe bei meinen Recherchen in der geologischen Fachliteratur innerhalb kürzester Zeit eine Fülle von Forschungsergebnissen gefunden, die gegen eine Eignung Gorlebens als Endlagerstandort sprechen. In den Berichten der BGR werden die alle nicht gewürdigt. Allenfalls finden sie in Nebensätzen Erwähnung und werden sogleich relativiert. Mit einer wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung hat das nichts zu tun.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Es gibt einen Bruch in der Erdkruste, der von Krakau bis zur Elbmündung reicht, die sogenannte „Hamburg-Krakau-Linie“ oder auch „Elbe-Lineament“. Dieser Bruch ist schon sehr alt und wurde mehrfach reaktiviert, zum Beispiel während der Eiszeiten. Die gewaltige Auflast der Eismassen wirkte dabei bis in 30 Kilometer Tiefe. Die westliche Erdplatte ragt dort heute drei Kilometer höher auf als die östliche.

Wie zwei Eisschollen, die wieder schief zusammengefröhen sind.

Genau. Bei künftigen Eiszeiten sind Bewegungen an diesem Riss, der genau durch den Salzstock Gorleben geht, sehr wahrscheinlich. Das hat die BGR überhaupt nicht berücksichtigt. In einer solchen aktiven geologischen Störungzone darf man kein Endlager errichten!

Das sagen Sie!

Das sagt auch der AK End, das interdisziplinäre Gremium also, das vor wenigen Jahren im Auftrag des Bundesumweltministeriums einmal Kriterien für die Suche

nach einem möglichst sicheren Endlager definiert hat. Der AK End verlangt, dass es an einem Endlagerstandort in den letzten 30 Millionen Jahren keine Erdbewegungen gegeben haben darf. In Gorleben hat es die aber mit sehr großer Wahrscheinlichkeit gegeben. Schon deshalb muss dieser Standort ausgeschlossen werden.

Zuletzt sorgten vor allem Berichte über Gasvorkommen unter dem Salzstock für Aufsehen. Warum?

Wenn es unter dem Salzstock Gas gibt und keine schützende Schicht verhindert, dass das Gas in den Endlagerbereich eindringen kann, dann könnte es dort zu Explosionen kommen.

Hat die BGR die Gasfrage in Gorleben denn geklärt?

Nein. Sie hat in ihren Berichten einen großen Bogen darum gemacht und ausgerechnet die entscheidende Gesteinschicht überhaupt nicht betrachtet. Dabei gibt es eine Dissertation, die klar zeigt, dass sich direkt unter dem Salzstock eine mögliche gasführende Schicht befindet. Hinzu kommt eine Vielzahl von Brüchen und Rissen, über die das Gas aufsteigen kann. Auch die hat die BGR in ihren Berichten nur sehr dünn abgehandelt. Unter Berufung auf seismische Untersuchungen, die in diesem Punkt überhaupt nicht aussagekräftig sind, behauptet sie dann sogar, es gäbe diese geologischen Störungen nicht!

Absurd, finden Sie?

Der ganze Untergrund ist so stark zerstört, dass es eher unwahrscheinlich wäre, wenn Gas nicht in den Endlagerbereich gelangen könnte.

Welche Aussagekraft hat eine sogenannte „Sicherheitsanalyse“, die auf einer so mangelhaften Datengrundlage beruht?

Keine! Eine belastbare Sicherheitsanalyse müsste nach aktuellem Stand von Wissenschaft und Technik sicher nachweisen können,

dass die geologische Barriere in einem Zeitraum von 1.000.000 Jahren erhalten bleibt. Ein solcher Nachweis ist jedoch nach dem, was wir wissen, nicht möglich.

Wozu soll sie dann dienen?

Ich habe die Sorge, dass damit weitere Faken geschaffen werden, die den Standort Gorleben zementieren sollen.

Befürworter des Weiterbaus in Gorleben behaupten, eine weitere „Erkundung“ des Salzstocks helfe, die noch offenen Fragen zu klären.

Das Geld kann man sich sparen. Denn wir wissen bereits: Der Gorlebener Salzstock liegt erstens in einer geologischen Störungszone, es gibt zweitens gasführende Schichten unter dem Salz und drittens eiszeitliche Rinnen, die das Deckgebirge durchschneiden. Damit ist klar, dass er als Endlager für hochradioaktive Abfälle nicht geeignet ist. Gäbe es tatsächlich eine ergebnisoffene Suche nach dem bestmöglichen Standort für ein Endlager, so wie sie Herr Röttgen ja zumindest mal angekündigt hat, müssten alle drei Punkte vielmehr sofort zum Ausschluss Gorlebens führen.

Sie selbst waren ab 2004 beim Bundesamt für Strahlenschutz sechs Jahre lang für alle Endlagerprojekte zuständig. Das wäre doch die beste Gelegenheit gewesen, Ihre Kritik am Umgang mit dem Standort Gorleben anzubringen und für Abhilfe zu sorgen! Gorleben war damals kein Thema! Es galt ja noch das rot-grüne Erkundungsmoratorium, ...

... das doch aber von vorneherein zeitlich begrenzt war. Und in dieser Zeit hat die BGR unter anderem drei der vier Berichte zu Gorleben erstellt, die Sie nun kritisieren.

Diese Berichte wurden ohne Abstimmung mit dem BFS publiziert. Sonst hätten sie bei mir auf dem Tisch landen müssen. Außerdem war für mich immer klar, dass es ein ergebnisoffenes Standortauswahlverfahren geben muss. Dazu habe ich auch Vorschläge erarbeitet. Als die schwarze Bundesregierung stattdessen dann die Wiederaufnahme der Arbeiten im Gorlebener Salzstock beschlossen hat, habe ich gekündigt. Interview: A. Simon

Das Gorleben-Komplott

Wer den maroden Salzstock mittels „vorläufiger Sicherheitsanalyse“ zum Endlager machen will

Offiziell soll die „Vorläufige Sicherheitsanalyse Gorleben“ (VSG) nur zeigen, ob und wie der Salzstock Gorleben als Atomendlager geeignet ist. Tatsächlich wird die knapp neun Millionen teure Studie laut Regierung ein „wesentlicher Beitrag“ für die Genehmigung des Endlagers sein – wenn sie den maroden Salzstock für geeignet erklärt. Davon aber ist auszugehen, angesichts ihrer Autoren:



► Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS)

Traditionell atomfreundlich. Leitet die VSG in Abstimmung mit dem Umweltministerium. Verantwortlich dort: Atomlobbyist Gerald Hennenhöfer, dem schon in Morsleben und Asse II die Sicherheit der Bevölkerung schnuppe war.



► Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

Dem atomfreundlichen Bundeswirtschaftsministerium unterstellt. Wischt seit Jahrzehnten kritische Forschungsergebnisse zu Gorleben vom Tisch. Soll auf Basis eigener Berichte, die Gorleben immer für sicher erklärten, die Langzeitsicherheit des Salzstocks bewerten.



► DBE TECHNOLOGY GmbH

Mehrheitlich in Hand der AKW-Betreiber. Muttergesellschaft DBE baut unterm Deckmantel der „Erkundung“ den Salzstock Gorleben zum Endlager aus.



► Institut für Endlagerforschung der TU Clausthal

Finanziert von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), die den AKW-Betreibern gehört und verantwortlich für alle Castor-Transporte ist.



► international nuclear safety engineering GmbH (NSE)

Alleiniger Gesellschafter: Bruno Thomauske. Soll für 806.820 Euro die wichtigsten geologischen und Sicherheits-Fragen in Gorleben beantworten.



► Karlsruher Institut für Technologie/Institut für Nukleare Entsorgung (KIT/INE)

Früher: Kernforschungszentrum Karlsruhe (KfK). Drängte die Regierung in den 1960ern dazu, Asse II als Atomklo zu nutzen. Pries die einsturzgefährdete Grube jahrzehntelang als mustergültiges Endlager und Pilotprojekt für Gorleben.



► Bruno Thomauske

Physiker und Atomlobbyist, von 1988 bis 2003 bei Physikalisch-Technischer Bundesanstalt (PTB) und Bundesamt für Strahlenschutz (BFS) für das Endlagerprojekt Gorleben verantwortlich. Hält den maroden Salzstock für sorgfältig ausgewählt und fraglos geeignet. Setzt 1997 über die fachlich zuständigen Geologen und deren Einwände hinweg dessen weitere Erkundung durch. Ab 2003 und bis zu den Störfällen 2007 Chef der Vattenfall-AKW Krümmel und Brunsbüttel. Heute Lehrstuhl für „nuklearen Brennstoffkreislauf“ an der RWTH Aachen – gesponsert von RWE.

Foto Thomauske: Udo Grimberg



Dr. Ulrich Kleemann, Geologe, war von 2004 bis 2010 als Leiter des Fachbereichs Sicherheit nuklearer Entsorgung im Bundesamt für Strahlenschutz unter

Foto: privat

anderem für die Endlagerprojekte zuständig. Er leitete die Expertengruppe Schweizer Tiefenlager und die Arbeitsgruppe Optionenvergleich zur Asse. Im Auftrag der Rechtshilfe Gorleben e.V. verfasste er 2011 das Gutachten „Bewertung des Endlagerstandortes Gorleben – geologische Probleme und offene Fragen im Zusammenhang mit einer Vorläufigen Sicherheitsanalyse Gorleben“.

„Kein Mensch weiß, was da an Strahlung rauskommt“

Astrid Buchholz, 48, Anglizistin, deckt mit der „Bürgerinitiative Strahlenschutz“ dubiose Strahlungsmessmethoden auf und will eine Atommüllverarbeitungsanlage in einem Wohngebiet verhindern

Im Braunschweiger Stadtteil Thune stellt die Firma Eckert&Ziegler radioaktive Präparate für die Medizin her. Sie hat ein großes Nachbargrundstück als Erweiterungsfläche gekauft. Im Sommer bekundete sie Interesse, die radioaktive Lauge aus der Asse hier zu dekontaminieren. Einige Leute wollten da was gegen tun. Im August haben wir zu fünf die „Bürgerinitiative Strahlenschutz“ (BISS) gegründet. Unser Ziel ist, die Erweiterung der Firma hier zu verhindern. Die will nämlich eigentlich groß einsteigen ins Geschäft mit dem AKW-Abriss. Wir befürchten, dass das Gelände dann zu einem halblegalen Zwischenlager mitten im Wohngebiet wird, und fordern, den Bebauungsplan aufzuheben. Außerdem wollen wir, dass die Grenzwerte gesenkt werden. Am Zaun von Eckert&Ziegler darf man ein Millisievert im Jahr abkriegen. In Gorleben sind nur 0,3 Millisievert erlaubt. Zudem gehen die Behörden bei uns davon aus, dass sich niemand rund um die Uhr am Zaun aufhält, sondern maximal 2.000 Stunden im Jahr. Also teilen sie die Strahlungswerte noch durch 4,38. Trotzdem wurden die Grenzwerte bereits überschritten. Wir – beziehungsweise Robin



Foto: privat

Wood mit drei Anwohnern – haben deswegen Strafanzeige gestellt, auch gegen die Gewerbeaufsicht und die Landesbehörde, die nicht einschreitet.

Wir haben Akteneinsicht nach dem Umweltinformationsgesetz genommen und uns sachkundig gemacht, die ganzen Protokolle und Messergebnisse der letzten Jahre durchgeschaut. Dabei ist uns aufgefallen, dass die Neutronenstrahlung seit einiger Zeit nicht mehr dazuaddiert wird zur Gammastrahlung, obwohl man das müsste. Und dass ganze zwei der sechs Schloten für knapp eine Woche im Jahr beprobt werden. Kein Mensch weiß, was da sonst so rauskommt!

Unsere erste Infoveranstaltung im September war sehr gut besucht. Wir haben offen gesagt, dass wir noch Unterstützung brauchen. Der harte Kern hat sich so auf zehn Leute verdoppelt, zu unseren Treffen kommen bis zu 50, im Verteiler haben wir 140. Wir haben allen Ratsfraktionen unsere Recherchen vorgestellt, sind durch die Büros im Rathaus getingelt und haben 4.000 Unterschriften gegen die Erweiterung des Firmengeländes übergeben, die wir binnen zwei Wochen gesammelt hatten. Jetzt hat der Stadtrat beschlossen, das Planverfahren nochmal aufzunehmen. Ende Januar veranstaltet die Stadt ein Hearing. Wir verteilen Flugblätter, damit da viele kommen.

Bei uns sind Leute wie ich, die schon vor 25 Jahren an der Asse demonstriert haben. Die meisten aber stießen durch ihre persönliche Betroffenheit dazu. Auch die gehen inzwischen an das Thema Atomkraft anders ran. Am Fukushima-Jahrestag etwa werden wir uns auch an der 70 Kilometer langen Lichterkette hier in der Region beteiligen.

www.braunschweig-biss.de

Anzeigen

.ausgestrahlt bietet Dir Material für Dein Engagement gegen Atomkraft an. Bestellung mit diesem Zettel (bitte unbedingt auf der Rückseite Deine Adresse eintragen!) oder online unter www.ausgestrahlt.de/shop. Zusätzlich zu den Materialkosten fallen 4,50 Euro für Versand und Verpackung an.

Fukushima mahnt: alle AKWs abschalten

Weitere Anti-Atom-Materialien gibt es im Webshop auf www.ausgestrahlt.de

11. MÄRZ: DEMOS AN 6 STANDORTEN

UMZINGELUNG BROKDORF

- Demo-Plakat kostenlos
- Flyer kostenlos
- Aufkleber „AKW Brokdorf? Nein Danke“ – 75 Cent S038
- Plakat "Wegweiser" A2 kostenlos K128



DEMO GROHNDE/HANNOVER

- Demo-Plakat kostenlos
- Flyer kostenlos
- Aufkleber „AKW Grohnde? Nein Danke“ – 75 Cent S040
- Plakat "Wegweiser" A2 kostenlos K129

Demo-Plakate und Flyer unter: www.grohnde-abschalten.de

DEMO GRONAU

- Demo-Plakat kostenlos
- Flyer kostenlos
- Aufkleber „UAA Gronau? Nein Danke“ – 75 Cent S041
- Plakat "Wegweiser" A2 kostenlos K130



DEMO GUNDEMMINGEN

- Demo-Plakat kostenlos
- Flyer kostenlos
- Aufkleber „AKW Gundremmingen? Nein Danke“ – 75 Cent S042
- Plakat "Wegweiser" A2 kostenlos K131



LICHTERKETTE ASSE

- Demo-Plakat kostenlos
- Flyer kostenlos
- Plakat "Wegweiser" A2 kostenlos K132



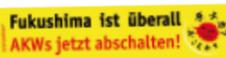
DEMO NECKARWESTHEIM

- Demo-Plakat kostenlos
- Flyer kostenlos
- Aufkleber „AKW Neckarwestheim? Nein Danke“ – 75 Cent S044
- Plakat "Wegweiser" A2 kostenlos K133



FUKUSHIMA IST ÜBERALL

- Aufkleber „Fukushima ist überall“, 18 cm x 5 cm, wetterfest – 50 Cent S023
- Transparent „Fukushima ist überall“ 300 cm x 70 cm – 25Euro S022
- Japanischer Button „Anti-Atom-Sonne“ 33 mm – 80 Cent S024



11. FEBRUAR: BUNDESWEITE MAHNWACHEN

Plakat für die Mahnwache in Deiner Stadt. Du musst nur noch für Deine Stadt Ort und Zeit einfügen.

- Mahnwachen-Plakat A2 kostenlos K125
- Mahnwachen-Plakat A3 kostenlos K126
- Mahnwachen-Plakat A4 kostenlos K127



3. - 11. MÄRZ: WOCHE DER ANTI-ATOM-SONNE

Wetterfeste Fahnen mit „Atomkraft? Nein danke“-Sonne

- Fahnen klein, 38x30 cm – 3,50 Euro S001
- Fahnen klein, mit Auto-Befestigung – 4,50 Euro S002
- Fahnen mittel, 90x60 cm – 7 Euro S003
- Fahnen groß, 100x90 cm – 10 Euro S004
- Maxi-Fahnen, 140x120 cm – 16 Euro S005

Frisbee gelb mit „Atomkraft? Nein danke“-Sonne, Ø 22 cm, Material: PP. Hält Dich in Bewegung und bringt Spaß auf der Demo!

- Frisbees - 3,50 Euro S010

T-Shirts .ausgestrahlt

aus fair gehandelter Bio-Baumwolle, 15 Euro

Größe	Männer	Frauen
S	<input type="checkbox"/> Stück T001S	<input type="checkbox"/> Stück T002S
M	<input type="checkbox"/> Stück T001M	<input type="checkbox"/> Stück T002M
L	<input type="checkbox"/> Stück T001L	<input type="checkbox"/> Stück T002L
XL	<input type="checkbox"/> Stück T001XL	<input type="checkbox"/> Stück T002XL



Luftballons – Naturkautschuk, 100% biologisch abbaubar, gelb mit Anti-Atom-Sonne.

- 50 Luftballons – 10 Euro S030
- Aufkleber „Anti-Atom-Sonne“ wetterbeständiges Material, ideal geeignet für Fahrrad und Auto
- Aufkleber 55 mm – 50 Cent A190
- Aufkleber 11 cm – 75 Cent A013
- Riesenaufkleber 33 cm – 5 Euro A228

Buttons „Anti-Atom-Sonne“

- Buttons 57 mm – 1,50 Euro S020
- Buttons 37 mm – 1 Euro B007
- Buttons 25 mm – 50 Cent S018

Papieraufkleber „Anti-Atom-Sonne“

- Aufkleber-Bögen mit 10 Sonnen - 10 Cent S007

Papierklebeband „Atomkraft? Nein Danke!“

- Rollen à 50 m – 4 Euro S013

Bonbons „Anti-Atom-Sonne“

- Beutel mit ca. 210 Bonbons - 8 Euro S012



DIE Druckerei für Recyclingpapier

recycling-flyer

www.recyclingflyer.de

AN ENERGIE GEWINNEN

Die Regensburger OSTWIND-Gruppe realisiert Windparks – aus Überzeugung. Denn Windkraft ist Energie fürs Leben. Aus der Region und für die Region.

Ausgefüllten Bogen bitte per Post an .ausgestrahlt, Marienthaler Straße 35 (Hinterhaus), 20535 Hamburg
oder per Fax an 040/2531 89 44.

GORLEBEN SOLL LEBEN

T-Shirts „Gorleben Freunde“

Das T-Shirt passend zur Kampagne „Gorleben-Freunde“ gegen ein Endlager im Wendland gibt es in Frauen- und Männergrößen (15 €) und auch für Kinder (10 €). Material: 70% umweltfreundliche Bambusviskose, 30% Biobaumwolle.

Größe	Männer	Frauen
S	Stück T008S	Stück T007S
M	Stück T008M	Stück T007M
L	Stück T008L	Stück T007L
XL	Stück T008XL	
Kindergröße		
116/128	Stück T009XS	
140/152	Stück T009S	



Transparent „Gorleben soll leben“ für Demo und Balkon,
3 m x 1 m, wetterfester Stoff, immer wieder verwendbar

Transparent weiß
15 Euro S035

Transparent grün
15 Euro S050



Wetterfeste Fahne „Wendland-Sonne“

Fahnen klein
38x30 cm – 3,50 Euro S046

Fahnen klein mit Auto-
Befestigung – 4,50 Euro S015

Fahnen mittel
90x60 cm – 7 Euro S039



Flugblatt "Schauermärchen" – kostenlos K124

Vor- und Nachname: _____

Straße und Hausnr.: _____

PLZ und Ort: _____

E-Mail: _____

Telefon für Rückfragen: _____

Ich bestelle die Materialien wie eingetragen und bitte um Lieferung an oben angegebene Adresse. Es fallen zusätzlich 4,50 Euro für Versand und Verpackung an. Ich überweise nach Erhalt der Lieferung und Rechnung.

Ich will nur den kostenlosen .ausgestrahlt-Rundbrief und auch den kostenlosen E-Mail-Newsletter abonnieren.

Unterschrift
nicht vergessen

Datum, Unterschrift: _____

BROSCHÜREN

Argumente-Broschüren von .ausgestrahlt. Format A6, jeweils ca.
32 Seiten mit Fakten und Bewertungen, Fragen und Antworten.
Stück 40 Cent, ab 10 Ex. 30 Cent/St., ab 100 Ex. 27 Cent/St.

„Bombenrisiko Atomkraft“ B012

„Atomenergie dient nicht dem Klimaschutz“ B001

„Uran: Der schmutzige Atom-Brennstoff“ B004

„Atomkraftwerke machen Kinder krank“ B003

„Asse, Gorleben und andere Katastrophen“ B002

„Sonne, Wind und mehr“ B007

100+15 gute Gründe gegen Atomkraft

Format A6, 76 S., St. 1 Euro, ab 10 Ex. 80 Cent/St.,
ab 100 Ex. 60 Cent/St. (mit 15 Bonusgründen)

„100 gute Gründe gegen Atomkraft“ B011



Broschüre „Wie radioaktiv ist meine Bank?“

Informationen von urgewald zu „atomstromfreien“ Geldanlagen.
Format A4, 46 S.

Broschüren – 4,50 Euro B014

.ausgestrahlt-RUNDBRIEF

Rundbriefe – kostenlos B008



UNTERSCHRIFTENLISTEN

„Gorleben soll leben“

Unterschriftenlisten – kostenlos K114

„Atomkonzerne in die Haftpflicht nehmen“

Unterschriftenlisten – kostenlos K106

„Mein Vorsatz für 2011 war: Biblis abschalten!“

Immo Rombach, 43, hausverwaltender Unternehmer, will nach dem Etappensieg von „Bye Bye Biblis“ die Dreieicher Stadtwerke umbauen und den Protest gegen Atomkraft in alle Welt tragen

Atomkraftgegner bin ich schon seit über 30 Jahren.

Als die Laufzeitverlängerung kam, wurden meine Frau Carol-Sue und ich sofort wieder aktiv und haben versucht, auch Familie und Freunde mit einzubeziehen. Anfangs standen wir im Ökoladen und haben Stromwechsel-Flyer verteilt. Viele wollten wechseln, kriegten das aber nicht hin. Also haben wir angeboten, das mit ihnen zusammen zu machen. Mehrere hundert Privatleute und Firmen konnten wir überzeugen. Ich war mir sicher: Da geht noch mehr! Daher schrieb ich eine Petition: Die Dreieicher Stadtwerke sollten nur noch echten Ökostrom anbieten und auch selbst welchen erzeugen. Mehrere Tausend Unterschriften und viel Pressearbeit machten Druck auf die Verantwortlichen, auch im Stadtparlament – so viel, dass sie den immer wieder verschleppten Bau einer Solaranlage auf der ehemaligen Mülldeponie endlich umsetzten. Die ist seit wenigen Tagen am Netz und wohl die größte Hessens. Was die Komplettumstellung auf Ökostrom angeht, so suchen die Stadtwerke bereits nach Lieferanten. Unsere Petition, die all das angestoßen hat, wurde inzwischen von vielen anderen Inis übernommen. Als im März die Menschenkette von Neckarwestheim nach Stuttgart anstand, dachten wir:



Foto: privat

„Es braucht einen Bus.“ Parteien und Organisationen winkten ab. Wir buchten einfach einen. Am Schluss hatten wir zwei 50-Sitzer voll, aus dem kleinen Dreieich, wo nur wenige je auf 'ner Demo waren! Dann passierte Fukushima. Mit den 100 Leuten haben wir noch vor Abfahrt der Busse eine Mahnwache gemacht, vermutlich die erste in ganz Deutschland.

Unsere Initiative „ByeByeBiblis“ ist zu einem tollen Team zusammengewachsen. Wir haben einen Schweigemarsch organisiert, regelmäßige Fukushima-Mahnwachen, Busse zu weiteren Demos, einen Castor-Aktionstag, Veranstaltungen, Infostände und manch anderes. Aktuell bereiten wir einen Energiekongress vor und gründen eine Energiegenossenschaft. Und am Frankfurter Flughafen wollen wir Handzettel in vielen Sprachen verteilen, um den Anti-Atom-Protest in die ganze Welt zu tragen.

Zu ihrem Namen kam unsere Ini durch meine Frau. Die sagte Silvester vor einem Jahr: „Mein Vorsatz für 2011 ist: Biblis abschalten!“ Beide Blöcke des AKW sind inzwischen vom Netz. Durch ist das Thema für uns aber noch lange nicht: Wir stecken voller Ideen und sind oft verzweifelt, dass wir nicht mehr Zeit haben – es ist noch so viel zu tun.

www.byebyebiblis.de

„Ich will, dass Gorleben vom Tisch kommt“

Anne Christoph, 49, Reit- und Psychotherapeutin (HPG), bereitet mit ihrem Bündnis die Energiewende in Bühlstedt vor und trainiert gewaltfreie Sitzblockade, um das Endlagerprojekt Gorleben zu kippen

Das „Bündnis Energiewende Bühlstedt und umzu“ gibt es seit April 2011. Angela Heberling und ich waren beide bei .ausgestrahlt im Verteiler und hatten nach Fukushima dieselbe Idee: auch hier in Bühlstedt eine Mahnwache zu organisieren! Wir haben unsere Adressbücher durchtelefoniert. Bühlstedt hat 450 Einwohner, es kamen 40.

Irgendwann entstand der Wunsch nach mehr. Wir wollen unser Dorf zum „Energiedorf“ machen, unseren Strom komplett selbst erzeugen. Derzeit versuchen wir, an Fördergelder für eine unabhängige Expertise zu kommen. Leider ist unser Bürgermeister nicht so aufgeschlossen. Demos in Bühlstedt, hat er verkündet, „dulde“ er nicht. Wir werden unsere Themen trotzdem anbringen.

Nach einem halben Jahr Mahnwachen treffen wir uns nun jeden Monat einmal intern, um eine öffentliche Veranstaltung im Monat in der Dorfkneipe zu organisieren: Einmal haben wir einen Experten für erneuerbare Energien aus einem Nachbardorf eingeladen, einmal einen Film über Uranbergbau gezeigt, usw. Da kommen so zwischen 20 bis 60 Leute. Im Anschluss ist immer Zeit für Diskussion,



Foto: privat

und wer will, kann seine E-Mail-Adresse aufschreiben. Inzwischen sind 40 Leute im Verteiler.

Dieses Jahr wollen wir noch mehr Aktionen machen. Bei der Demo in Gorleben konnte man ja sehen, dass das Thema Atomkraft noch viele umtreibt, Gott sei Dank! Zum Fukushima-Jahrestag organisieren wir eine Fahrraddemo, zwei von uns fahren zur Menschenkette nach Südfrankreich. Ende April werden wir dann als Gruppe im Rahmen der Kampagne „Gorleben 365“ einen Tag lang die Endlagerbaustelle blockieren. Ich hoffe, dass wir mindestens 20 werden! In den 1980ern habe ich mit gewaltfreien Blockaden gegen Atomwaffen in der Eifel demonstriert. Wie damals werden wir auch für unsere Gorleben-Aktion ein Training machen, im März. Denn da werden viele Leute mitkommen, die noch nie blockiert haben. Auf unserem heilpädagogischen Reiterhof gibt es viel Publikumsverkehr. An der Scheune hängt die große Anti-Atom-Fahne, wir haben immer Infomaterial ausliegen. Mein Ziel für 2012 ist, dass Gorleben vom Tisch kommt. Schau mer mal – so schlecht sind unsere Chancen doch gar nicht!

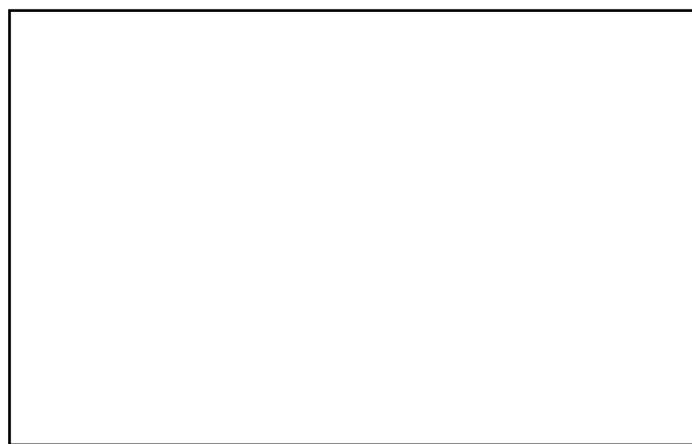
hof.fylgja@t-online.de

Impressum

.ausgestrahlt
Marienthaler Straße 35
20535 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt e.V.
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Jochen Stay, Stefan Diefenbach-Trommer | Mitarbeit: Armin Simon, Christiane Knoppe, Hiromi Rodemann-Higashi, Susanne Hylla, Bernward Janzing, Suse Neubronner, Luise Neumann-Cosel | Layout: www.holgermueller.de | Druck: Bayreuth Druck + Media. Gedruckt auf Recyclingpapier | Auflage: 90.000 | V.i.S.d.P.: Jochen Stay



Wir sind schon Gorleben-Freundinnen und Gorleben-Freunde. **Und du?**



Seit bald 35 Jahren kämpfen die Menschen im Wendland dafür, dass dieser Landstrich nicht zum Atomklo der Nation wird. Gorleben ist kein regionales Problem, sondern geht alle an. Und ein Atommüll-Endlager im maroden Salzstock von Gorleben wird sich nur verhindern lassen, wenn Viele dazu beitragen. Deshalb hat .ausgestrahlt das Online-Netzwerk „**Gorleben-Freunde**“ gestartet.

Dort kannst du Position beziehen, dich mit anderen zusammentun und aktiv werden, damit Gorleben leben kann.

Neugierig?

Dann schau nach auf www.gorleben-freunde.de oder natürlich auch auf www.gorleben-freundinnen.de. Denn Gorleben braucht Freundinnen und Freunde!

Wer ist .ausgestrahlt?

.ausgestrahlt ist eine bundesweite Anti-Atom-Organisation. Wir unterstützen AtomkraftgegnerInnen, aus ihrer Haltung öffentlichen Protest zu machen. Wir machen Aktionsangebote und stellen Materialien und Hintergrundinformationen zur Verfügung. Mach mit!

Warum wir Du schreiben

Wir meinen: Wer zusammen arbeitet, duzt sich. Meistens. Viele Aktive fänden ein „Sie“ sehr distanziert. Also: Sei willkommen in der Anti-AKW-Bewegung!

Wer macht .ausgestrahlt?

Viele Gruppen und Einzelpersonen nutzen die Angebote von .ausgestrahlt und machen mit. Hinter der Planung von .ausgestrahlt steckt eine 15-köpfige Gruppe von Ehrenamtlichen, Angestellten und PraktikantInnen. www.ausgestrahlt.de/ueberuns

Praktikum bei .ausgestrahlt

.ausgestrahlt hat Platz für PraktikantInnen, für jeweils drei bis sechs Monate. Du solltest in der zweiten Hälfte eines Studiums oder einer ähnlichen Qualifikationsphase sein. www.ausgestrahlt.de/praktikum

.ausgestrahlt braucht FörderInnen

1.200 Förderer und Förderinnen spenden bereits regelmäßig für die Arbeit von .ausgestrahlt – vielen Dank! Wenn auch Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen möchtest, klick auf www.ausgestrahlt.de/foerderer

Regionalkontakt gesucht?

Auf www.ausgestrahlt.de/regional findest Du Adressen von Gruppen, die gegen Atomenergie aktiv sind und die mit .ausgestrahlt zusammenarbeiten. Dort stehen auch Termine regionaler Anti-Atom-Aktionen.